

## Zu diesem Heft

Das erste Heft eines neuen Jahres, von dem wir hoffen, es möge sich besser entwickeln als das alte, steht folgerichtig im Zeichen von Krisen. Alte Schlagzeilen von Deutschland als „kranken Mann Europas“ wurden hervorgekramt, wie Jens van Scherpenberg kritisiert. Krisen prägten die Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition (Reimut Zoblhöfer und Fabian Engler). In „Zeiten der Polykrise“ finden Europawahlen (Andreas Ludwig) statt.

Stattfinden werden auch drei Landtagswahlen im Osten Deutschlands, die wegen des vermuteten (oder befürchteten) Abschneidens der AfD besondere Aufmerksamkeit finden. In Thüringen wurde die NSDAP 1930 erstmals Teil einer Landesregierung. Sollte es etwa Parallelen mit heute geben, wie der Historiker Alexander Gallus mit Blick auf den Kulturkampf der AfD kürzlich in einem Deutschlandfunkinterview bejahte?

Zu dieser fatalen Frage finden sich (ausnahmsweise) zwei Besprechungen „besonderer Bücher“. Sie weisen sehr unterschiedliche Zugänge auf, kommen aber doch zu ähnlichen Schlussfolgerungen. In seiner Auseinandersetzung mit Harald Jahners Buch über die Weimarer Republik hebt Stefan Hradil deutlich mehr Unterschiede als Parallelen hervor. Auch das Team um Stefan Mau, so das Fazit in Delia Zollingers Besprechungssay, sieht im empirischen Vergleich zu anderen Gesellschaften wenig Anlass, den Zerfall der deutschen Gesellschaft an die Wand zu malen.

Eine Krise, die uns 2024 und darüber hinaus bleiben wird, ist der Klimawandel. Hierzu finden sich im Heft Beiträge zu gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen (Ortwin Renn), zur Kontroverse um Strompreissubventionen (Thorsten Winkelmann) und zu Klimaprotesten als Gegenstand einer unterrichtlichen Auseinandersetzung (Tom Meyer & Florian Weber-Stein).

Bleiben wird auch das Thema Migration. Lässt sich aus den so unterschiedlichen Migrations- und Integrationspolitiken wie diejenigen Großbritanniens und Kanadas etwas für Deutschlands Politik lernen? Sebastian Berg und Elke Winter mit Friederike Alm kommen zu unterschiedlichen Einschätzungen.

Diskussionen entfachte Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger mit ihrer Werbung für das Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Angesichts prekärer Vertragsbedingungen mussten sich viele Promovierende und Postdocs vom Imagevideo des Ministeriums veralbert fühlen (Jessica Wilzdek/Margarete Menz).

Am schwarzen Samstag des 7. Oktober gelang Hamas-Terroristen das Unvorstellbare: auf israelischem Boden zu morden, zu foltern und 250 Menschen zu verschleppen. Der Historiker Michael Wolffsohn versucht eine Einordnung. Wir danken der „taz“ für die Erlaubnis zum Abdruck des Interviews, das wir für die politische Bildung für außerordentlich wichtig halten.

*Die Herausgeber*